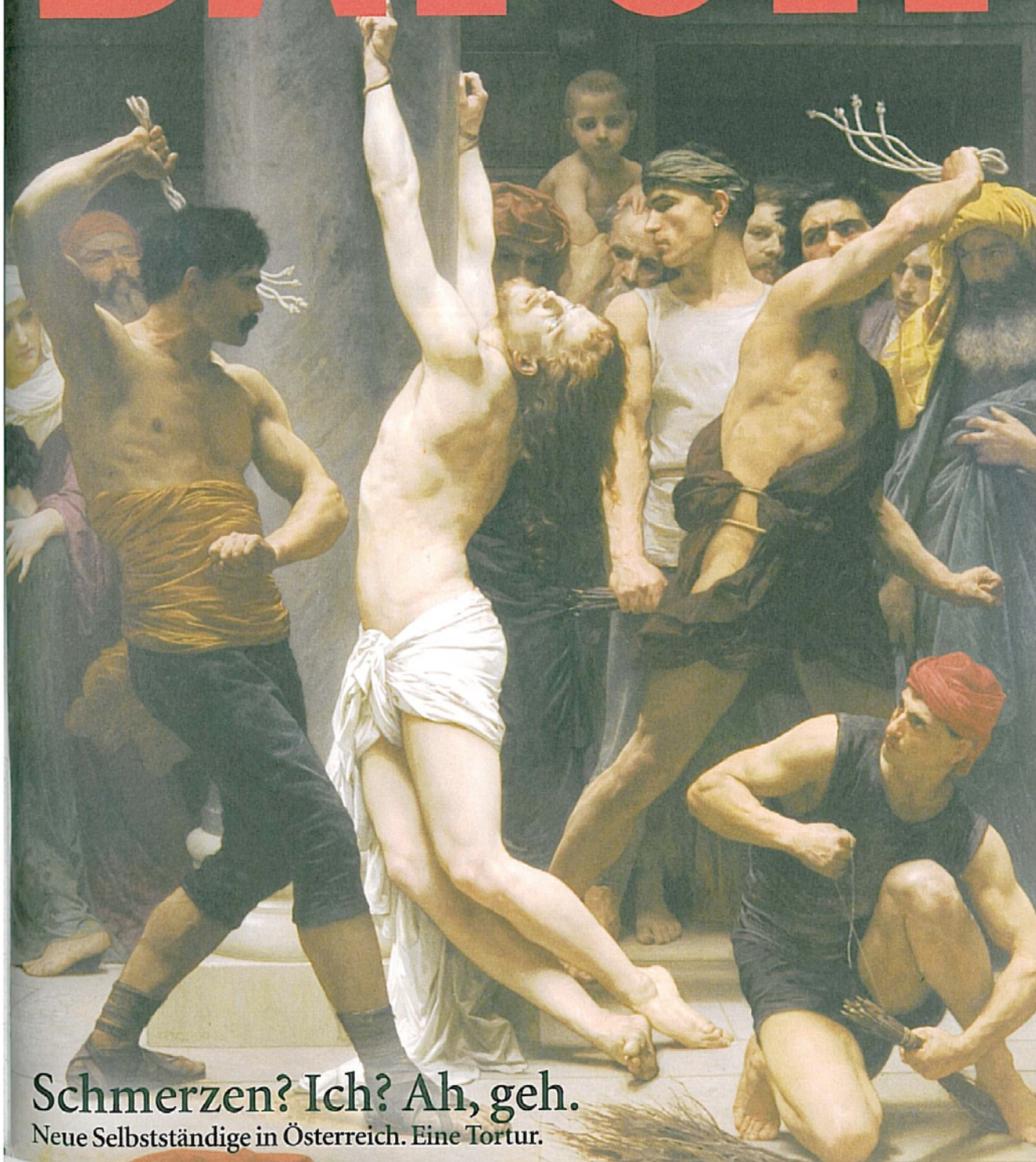


Pressebericht FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbständigkeit, www.fofos.at

Thema Ein-Personen-Unternehmen (EPU), Interview Martina Schubert, Anmerkung am Ende des Dokuments
DATUM, 02/2008, Schmerzen? Ich? Ah, geh. Neue Selbstständige in Österreich, Eine Tortur. Artikel: Junge
Garde des Neoproletariats, Florian Skrabal

DATUM



Schmerzen? Ich? Ah, geh.
Neue Selbstständige in Österreich. Eine Tortur.

REPUBLIK

Junge Garde des **NEOPROLETARIATS**



*Ob freiwillig oder unter Zwang:
So viele Österreicher wie nie zuvor
sind heute selbstständig.*

*Das Problem: Einer Arbeitswelt im
Wandel stehen bewegungsunfähige
Sozialpartner gegenüber, die
die Zeichen der Zeit beharrlich
ignorieren.*

TEXT: FLORIAN SKRABAL
FOTOGRAFIE: VORWARTS VERLAG

Vielleicht liegt es an den Koffeinkexen, an denen er fortwährend knabbert; vielleicht an der Wintersonne, deren Strahlen trüb durch die Fenster des Souterrain-Büros in der Wiener Innenstadt fallen. Vielleicht liegt der Grund, dass Andreas Fuchs so blass aussieht, aber auch darin, dass sein Arbeitstag zu einer Zeit beginnt, in der draußen die Menschen schon zur zweiten Mahlzeit eilen. „Trotzdem bin ich heute der Erste im Büro“, sagt der 25-jährige Burgenländer aus Kobersdorf und lacht: „Eigentlich könnte es mir egal sein, wann und wo ich meinen Laptop zum Arbeiten hochfahre, solange ich nur Zugang zum Internet hab.“ Trotzdem steigt der Softwareprogrammierer zu Mittag am liebsten hinunter in den Keller in der Rathausstraße. Zum Arbeiten. Dort, im Vereinslokal des im Frühjahr 2006 vom IT-Sicherheitstechniker Paul Böhm gegründeten Vereins Metalab, trifft er auf Gleichgesinnte; begegnet einem Durcheinander an jungen Menschen, die wie er Berufe ausüben, die es in Österreich Anfang des vergangenen Jahrzehnts teils noch gar nicht, teils nur selten gab: Grafi-

ker, IT-Sicherheitstechniker, Webdesigner, Programmierer. Im von der Stadt Wien, dem Ministerium für Gesundheit, Familie und Jugend sowie acht Privatfirmen geförderten Metalab zeigt sich ein Abbild der neuen Arbeitswelt: vom 16-jährigen Schüler aus Vorarlberg, der in seiner Freizeit Sounds für Computerspiele programmiert, über zwei Studenten von der Technischen Uni (TU) Wien, die an einer neuen Bloggersoftware werken, bis zu Leuten wie Fuchs, der seinem Gewerbe staatlich anerkannt nachgeht. Als eine der wenigen Ich-AGs, die sich in dem rund 200 Quadratmeter großen „Raum für Wissensaustausch“ tummeln, besitzt er seit etwas mehr als einem Jahr einen Gewerbeschein.

Darin bescheinigt ihm die Wirtschaftskammer (WKO) hochoffiziell, dem Gewerbe „Dienstleistungen aus der automatischen Datenverarbeitung und Informationstechnik“ nachgehen zu dürfen. Von den Luftphrasen der New-Economy-Sprache abgesehen („Das Metalab ist ein realer Treffpunkt für kreative Köpfe“) scheint hier tatsächlich etwas weiterzugehen. Leute wie Fuchs, deren Arbeit praktisch ohne jegliche physische Begegnung mit anderen Menschen auskommen könnte, finden hier Anschluss – an Gleichgesinnte, an Freunde, an die Welt. „Natürlich könnte ich auch von zu Hause aus arbeiten. Aber das wäre mir zu langweilig“, sagt Fuchs. Seine Kunden, für die er bestehende Software wartet und/oder modifiziert, sitzen an der Ost- und Westküste der USA. Die Zeitverschiebung kommt ihm gelegen. „Ich bin schon immer eher ein Nachtmensch gewesen.“ Seit ein bisschen mehr als einem Jahr ist er heute selbstständig.

In der Bundeshauptstadt stellen Orte wie das Metalab keine Ausnahme mehr dar. Sie heißen Schraubenfabrik, Hutfabrik oder Rochusmarkt und vermieten Büroräume billig an Ein-Personen-Unternehmen (EPU). 20 Euro Mitgliedsbeitrag zahlt Fuchs monatlich an Metalab, damit er dort arbeiten kann. Nach der Matura hatte er an der TU Informatik inskribiert, dann sein Studium unterbrochen, um zweieinhalb Jahre lang als angestellter Systemadministrator beim Internetprovider Silverserver zu arbeiten. Gäbe es einen Dresscode dafür, wie Jungunternehmer seines Schlages heute aussehen müssen, Fuchs hätte das Zeug zum Catwalk-Model: schwarzer Pull-over, schwarze Jeans, schwarze Schuhe. EPU, Ausgabe Neosexistenzialismus. Ange-

stellte und freie Mitarbeiter hat er keine. Auch keinen Ersatz. Mit Andreas Fuchs steht und fällt die Ich-AG Andreas Fuchs. Für Fehler haftet er mit seinem privaten Vermögen. Fuchs ist Firma: Von der zeit- und ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufträge über die Vermarktung der eigenen Person bis zur Ein- und Ausgabenrechnung hat er sich um alles selbst zu kümmern. Problem hat er damit keines. „Das Risiko ist größer als als Angestellter. Aber die Vorteile wie die freie Zeiteinteilung oder Unabhängigkeit vom Ort der Arbeit taugen mir.“ Und nicht zuletzt: das Geld. „Ich verdiene heute mehr als früher.“

Im Job die Dinge selbst in die Hand zu nehmen ist auch Amelie Berhaupt nicht fremd. Wenn sie aber das Wort „Selbstständigkeit“ hört, kommt es ihr hoch. Immer wieder geriet die 37-Jährige in den vergangenen Jahren in ebendiese – obwohl sie nach eigenem Bekunden stets versucht hatte, diese zu meiden „wie der Teufel das Weihwasser“. Die Germanistik-Magistra unterrichtet an einem Weiterbildungsinstitut für Erwachsene das Fach „Deutsch als Fremdsprache“. Ihren echten Namen will sie genauso wenig in der Zeitung lesen wie den Namen ihres prominenten Arbeitgebers. Berhaupt hat Angst, ihren Job zu verlieren. Sie ist wirtschaftlich an ihren Arbeitgeber gebunden, bekommt von diesem Stundenpläne und Räumlichkeiten vorgegeben und 17 Euro für 50 Minuten Unterricht. Im Duktus des bestehenden Arbeits- und Sozialrechts ist sie eine „Neue Selbstständige“: jemand, der auf eigene Rechnung tätig ist, aber im Unterschied zu den „Alten Selbstständigen“ keinen Gewerbeschein besitzt. Anders als bei Andreas Fuchs, der freiwillig zum Ein-Personen-Unternehmen wurde, stellt für Berhaupt die Selbstständigkeit ein Übel dar.

Weil sie gar keine oder, in ihren Worten, nur „eine schizophrene Art der Selbstständigkeit“ ist. In der Zeit, in der Berhaupt unterrichtet, ist sie von ihrem Auftraggeber abhängig – womit sie die Voraussetzungen für einen Angestelltenvertrag erfüllen würde. Dann würde sie denselben Schutz genießen, der „normalen“ Angestellten zukommt. Tut sie aber nicht. Berhaupt steckt in einem sogenannten Umgehungsvertrag: Kollektivvertragliche Mindestlöhne gelten nicht, Urlaubsanspruch gibt es ebenso wenig wie Kündigungsschutz. Für Unternehmen liegt der Vorteil, ein Angestellten-

verhältnis zu umgehen, darin, sich Lohnnebenkosten zu ersparen. Für Berhaupt gibt es keinen. Fuchs und Berhaupt stehen für zwei Seiten derselben Medaille: Beide sind selbstständig, aber nur einer ist damit glücklich, während die andere darbt. An der Frage, wie man faire gesetzliche Rahmenbedingungen für eine derart komplexe Klientel schaffen könnte, scheitern heute jene Kräfte grandios, welche Österreich seit jeher wirklich regieren: die aus den beiden Kammern, der Gewerkschaft und den Bündnen bestehenden Sozialpartner. Susanne Pernicka, Assistant Professor am Institut für Wirtschaftssoziologie, bringt es auf den Punkt. Oder, besser, auf Papier: Mit einem Kugelschreiber zeichnet sie zwei Kreise auf ein Blatt, einen links, einen rechts. „Traditionellerweise teilt man die Erwerbstätigen in Selbstständige“, Pernickas Stift zeigt auf das linke Oval, „und Unselbstständige“ – das rechte Oval.

Die Fronten der Arbeitswelt seien klar: Den Unternehmern stünden ihre Arbeiter und Angestellten gegenüber. Für die einen trete die Wirtschaftskammer ein, für die anderen die Gewerkschaft. So weit, so gut, so von gestern. Die Wirtschaftssoziologin schattiert die weiße Fläche zwischen den Kreisen – die Lücke schließt sich rapide. „In den vergangenen Jahren hat sich ein Graubereich gebildet“, erklärt Pernicka. In der Wirklichkeit stecken hier Menschen, die „wirtschaftlich von einem oder von wenigen Auftraggebern abhängig sind“. Egal ob mit oder ohne Gewerbeschein. Egal ob freiwillig oder auf Druck des Arbeitgebers. Egal ob EPU oder Neue Selbstständige. Egal, ob Andreas Fuchs oder Amelie Berhaupt. „Hier findet sich der hoch qualifizierte Computerfachmann, der gut verdient und es freiwillig macht, ebenso wieder wie die scheinselfständige Putzhilfe, die eigentlich in einem Angestelltenverhältnis stehen sollte“, sagt die Wirtschaftssoziologin. Zwei Pole, die nicht zusammenwachsen können, weil sie nicht zusammengehören. Die Sozialpartner reagieren auf diese Entwicklung in bewährter Manier: Sie ignorieren sie weitgehend.

Da stehen auf der einen Seite der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) mit seinen neun Teilorganisationen und die Arbeiterkammer (AK). Für sie stellen Verhältnisse wie jene, unter denen Berhaupt leidet, mittlerweile ein Problem dar, das sie kaum mehr in den Griff bekommen.

Aus eigenem Verschulden: Bis heute definieren Gewerkschafter wie Kärntner den Begriff des Arbeitnehmers, der besonders bei arbeitsrechtlichen Konflikten entscheidend ist, über die Weisungsgebundenheit des Angestellten. Das dumme daran: Offiziell existiert diese bei den Neuen Selbstständigen nicht; sie schulden dem Auftraggeber laut Gesetz lediglich die Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistung. Das mangelnde Wissen über das Arbeitsverhältnis und die rechtlichen Grundlagen wird nur zu gerne ausgenutzt.

„Es wird einem immer so präsentiert, dass es das Beste ist – für beide Seiten“, erinnert sich Berhaupt an die Verhandlungen mit ihren jeweiligen Arbeitgebern. Sie selbst habe sich nie als Selbstständige gesehen. Einen Gewerbeschein zu lösen kam für sie deshalb auch nicht infrage. „Was sollte das ändern? Es ist doch vollkommen absurd: Der Arbeitgeber gibt mir alles vor, und ich bin selbstständig?“ Auf der anderen Seite: die Wirtschaftskammer, der man theoretisch zugutehalten muss, dass sie seit neues-

präsentieren können“, sagt Obereder. Wirklich herumgesprochen hat sich das noch nicht: Zu Redaktionsschluss waren gezählte 32 EPU online. Auch das Veranstaltungsangebot fällt nachgerade lachhaft aus: In Wien, Kärnten und der Steiermark findet sich keine einzige. „Das ist gerade im Entstehen“, sagt Obereder. Wie viel Budget er zur Verfügung hat? „Dazu möchte ich nichts sagen.“ Fix sei nur, dass er eines habe. Interessant: Sein Vorgänger in der Funktion, Gernot Schödl, hatte im vergangenen Jahr erklärt, dass er nicht genau sagen könne, wie hoch das Budget sei. Begründung: Die Betreuung der EPU erfolge nach wie vor über bestehende Strukturen, also die Fachorganisationen und Innungen.

Fazit: Bei näherer Betrachtung erweist sich die Installierung der EPU-Beauftragten als ein einziger großer PR-Schmäh ohne konkreten Nutzen. „In der WKO gibt es eindeutig zu wenig Personal. Außerdem sitzen hinter den Schaltern keine Leute, die den Prozess selber durchgemacht haben“, kritisiert deshalb Martina Schubert. Seit

kammermitglieder. „Solange diese Personen Ein-Personen-Unternehmer sind, werden sie von uns vertreten“, sagt Schober. Work@flex bietet arbeitsrechtliche Beratungen, Versicherungspakete und sogar Unterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit an. Mit bescheidenem Erfolg: 2.400 zahlende Gewerkschaftsmitglieder nehmen work@flex in Anspruch. Um die Wirtschaftskammer in diesem Zusammenhang bloßzustellen, reicht es allemal. Von 19.849 Personen im Jahr 1998 ist die Zahl der Neuen Selbstständigen nach Schätzungen der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) auf 39.000 im vergangenen Jahr angewachsen – Tendenz steigend.

Davon, wie weit Struktur und Wirklichkeit heute auseinanderliegen – und nicht zuletzt, mit welchen Mitteln die Sozialpartner verzweifelt versuchen, dessen Herr zu werden –, zeugt die Tatsache, dass seit kurzem auch 3.000 Prostituierte bei der SVA als Neue Selbstständige aufscheinen. Hinzu kommt noch die Dunkelziffer derer, die nicht meldepflichtig sind, weil sie mit ihrer selbstständigen Tätigkeit keine 6.453 Euro im Jahr verdienen und damit aus der Sozialversicherungspflicht herausfallen. Martin Gleitsmann, Leiter der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit in der Wirtschaftskammer, schätzt diese auf rund 20.000. Angesichts solcher Fakten wird die Schattierung zwischen Pernickas Kreisen zum traurigen Beleg jahrzehntelanger Versäumnisse.

Am Umgang der Sozialpartner und deren parlamentarischer Erfüllungsgehilfen, den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, mit dem Problem ändert das nichts. Weil man mittlerweile aber nicht mehr darum herkommt, erfindet man laufend kosmetische Maßnahmen, die allen Regeln der klassischen österreichischen Lösung entsprechen: Die Wurzel des Problems wollen wir um Gottes Willen nicht antasten, wo kämen wir denn da hin, deshalb lässt es uns doch bitte mit dem Bekämpfen der Symptome bewenden.

Die Abkürzung EPU sucht man im Regierungsprogramm vergeblich, den „atypisch Beschäftigten“, unter die auch die Neuen Selbstständigen fallen, ist genau eine von 167 Seiten gewidmet. „Weder die Regierung noch die Arbeiterkammer noch die Wirtschaftskammer können mit der neuen Situation umgehen, weil das Feeling

„EPU wurden in der Wirtschaftskammer lange nicht als wirkliche Unternehmer gesehen. Sogar die Arbeitnehmervertretung hat sich des Themas früher angenommen“

tem zumindest Handlungsbedarf für die Mehrheit ihrer Klientel festgestellt hat. Praktisch beschränkt sich die Antwort auf die Herausforderung von heute 198.000 EPU – 54 Prozent der WKO-Mitglieder – auf ein Onlineportal und zehn EPU-Beauftragte. Seit April 2006 sitzt in jeder Landeskammer einer von ihnen; überregional ist seit Anfang des Jahres Rudolf Obereder zuständig. Freuden wie Nöte des EPU-Lebens am eigenen Leib erfahren hat der 36-Jährige nicht.

„Ich bin nie selbstständig gewesen“, sagt der Betriebswirt, der zuvor in der WKO-Abteilung Finanz- und Rechnungswesen arbeitete. Dementsprechend dürftig beschreibt er seine Aufgaben: „Wir stellen zielgerichtet Informationen für EPU bereit.“ „Wir organisieren Veranstaltungen.“ „Wir koordinieren intern die Richtung.“ Was das konkret bedeutet? Obereder weist auf das EPU-Portal, das vor kurzem einen Relaunch verpasst bekam. Hier gebe es einen „Marktplatz, auf dem sich die EPU

mehr als zehn Jahren selbst ein EPU in Sachen Marketing, hat sie im Jahr 2000 das Forum zur Förderung der Selbstständigkeit (FOFOS) gegründet. „EPU wurden in der Wirtschaftskammer lange nicht als wirkliche Unternehmer gesehen. Sogar die Arbeitnehmervertretung hat sich des Themas früher angenommen“, sagt Schubert, die mehrere von der EU finanzierte Studien zur Situation der Ein-Personen-Unternehmen durchgeführt hat. Tatsächlich nimmt man sich im Gegensatz zur – nach der herkömmlichen Definition klar zuständigen – Wirtschaftskammer bei work@flex, einer Interessengemeinschaft in der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), des Problems schon seit acht Jahren an.

Auch wenn das mit klassischer Arbeitnehmervertretung nichts zu tun hat. Laut Sprecherin Andrea Schober kümmert sich work@flex neben den Neuen Selbstständigen ohne Gewerbeschein auch um jene mit Gewerbeschein – also um Wirtschafts-

der 55- bis 65-jährigen Herren, die dort am Ruder sind, ein ganz anderes ist“, sagt der Bundessprecher der Grünen Wirtschaft, Volker Plass. Und nennt ein Beispiel: „Der entscheidenden Frage stellt man sich etwa in der Wirtschaftskammer nicht: Brauchen wir in einem internationalen Umfeld noch eine Tiroler Tischlerinnung? Verbindet heute nicht einen kleinen Tiroler Tischler mit einem kleinen Wiener Grafiker mehr, als in den Branchengremien besprochen wird?“ Seine Forderung: „Eine institutionalisierte Interessenvertretung für Ein-Personen-Unternehmen innerhalb der Kammer. In dieser können EPUs ihre Interessen formulieren und dann gebündelt an die Politik richten.“ Sonst selten einig mit den Grünen, schlagen Freiheitliche und Orange in Sachen EPU in dieselbe Kerbe. FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl meint den Grund zu kennen, warum sich die schwarz dominierte WKO mit dem Thema so schwertut: „Die ÖVP betreibt nur für Großbetriebe Lobbying, von denen sie Spenden erhalten, und die SPÖ ist einfach zu schwach. Die EPUs brauchen mehr soziale Absicherung: Urlaubsanspruch, Ersatz im Krankenstand, eine Arbeitslosenversicherung“. BZÖ-Wirtschaftssprecher Josef Bucher: „Sie müssen nur schauen, wer in den Kammern die Entscheidungen trifft: Das sind 60-jährige arrivierte Herren. Von denen werden Probleme nicht angesprochen, weil das Diskussionen auslösen würde.“

Einzig dem Ziel einer Arbeitslosenversicherung für Freie Dienstnehmer und Neue Selbstständige sind die Sozialpartner jüngst ein Stück näher gekommen: Seit Jahresbeginn teilen sich Arbeitgeber und freie Dienstnehmer die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Eine Lösung, die wenigstens die „Freien“ in der Arbeitslosigkeit auffängt. Was aber ist mit den Neuen Selbstständigen? Für sie soll laut Martin Bartenstein ein Schutz vor der Erwerbslosigkeit erst 2009 kommen. Nur: Wann ist ein Selbstständiger erwerbslos, und soll der Selbstständige den gesamten Beitrag zu einer eventuellen Versicherung selbst berappen?

Fragen, auf die es bisher keine befriedigenden Antworten gibt. Wahrscheinlich hat ÖVP-Wirtschaftsminister Bartenstein auch deshalb die Lösung für die Selbstständigen als „Minderheitenprogramm“ bezeichnet. So weit, so schlecht. Aber wo so viel Ignoranz herrscht, dort formiert sich auch Widerstand. Das „Manifest 1.0“, verfasst



FRAGE AN DIE MAUS

Wo in der EU sind die meisten Selbstständigen?

Seit den Siebzigern nimmt der Anteil der Selbstständigen in den meisten europäischen Ländern massiv zu. Ausgelöst wurde der Boom der Selbstständigkeit vor allem durch die Globalisierung und die damit verbundene anhaltende Flexibilisierung von Arbeitszeiten und -formen. Das Wissenschaftszentrum Berlin, ein Forschungsinstitut, an dem 140 europäische Wissenschaftler sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung betreiben, hat in der Studie „Neue Selbstständige im europäischen Vergleich – Strukturen, Dynamik und soziale Sicherung“ die Situation der Selbstständigen in fünf Ländern der „alten“ EU verglichen, die die Forscher für exemplarisch erachteten. Dem zufolge ist Italien (58,6 Millionen Einwohner) das „selbstständigste“ Land Europas: Fast jeder vierte Erwerbstätige (24,9 Prozent) war dort im Jahr 2004 auf eigene Rechnung tätig. In Deutschland (82,3 Millionen) wie in den Niederlanden (16,4 Millionen) waren es rund zehn Prozent, in Schweden (9,1 Millionen) fast neun, und in Großbritannien (60,4 Millionen) arbeiteten rund zwölf Prozent aller Erwerbstätigen selbstständig. Mit dem Trend in Richtung mehr Selbstständigkeit einher geht die Tendenz zur Solo-Selbstständigkeit, also die Zunahme von Ein-Personen-Unternehmen ohne Beschäftigte. In den fünfzehn „alten“ Ländern der Union beschäftigten 2004 rund zwei Drittel aller Selbstständigen keine Mitarbeiter. Spitzenreiter bei den alleine arbeitenden Selbstständigen war das Vereinigte Königreich: Auf der Insel stellten nicht einmal mehr 25 Prozent aller Unternehmer Leute an. Das Musterland in der sozialen Absicherung von Selbstständigen ist Schweden. Dort werden Selbstständige zu weitgehend gleichen Bedingungen von den sozialen Sicherungssystemen erfasst wie abhängig Beschäftigte. Laut den Ergebnissen der Studie ist hier der Übergang von einem Erwerbsstatus in den anderen mit fast keinen Nachteilen verbunden: Selbstständige Frauen erhalten in der Mutterschaft dieselben Geldleistungen wie abhängig Beschäftigte; außerdem haben alle Selbstständigen in Schweden Anspruch auf eine Grundsicherung für Arbeitslose und können sich zusätzlich freiwillig in einer für ihre Branche zuständigen Arbeitslosenversicherungskasse versichern.

von drei Selbstständigen und dem liberalen Nationalratsabgeordneten Alexander Zach, ist ein erster zaghafter Versuch des gemeinsamen Aufbegehrens gegen die Reaktion auf die Herausforderungen der neuen Arbeitswelt. „Niemand muss unseren Weg teilen. Aber niemand soll ihn auch behindern (dürfen). Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von euch in den Institutionen und Organisationen unseres Landes. Lasst uns lernen, arbeiten und leben, wie wir wollen. Macht Platz“, steht am Ende des Papiers, zum Download unter www.neue-arbeitswelt.at. „Es ist durchaus provokant formuliert, eben im Sinne eines Manifests“, sagt Zach, der auf einem SPÖ-Platz im Parlament sitzt. Den Neosprech der von ihm unterstützten Klientel hat er jedenfalls drauf: Zach will „die Betroffenen vernetzen“, unter ihnen „Dynamik erzeugen“ und „das Spannungsfeld zwischen der sozialen Absicherung auf der einen Seite und Flexibilität auf der anderen aufzeigen“.

Andreas Fuchs kümmert das alles wenig. Die Sorgen des ÖGB sind nicht die seinen, auf die Hilfe der WKO ist er nicht angewiesen, und zum Lesen eines Manifests hat er keine Zeit. „Ich brauche das alles nicht, ich verdiene genug“, sagt er. Im Chaos des Metalabs, wo Getränkeboxen bis zur Decke gestapelt sind und Papier verstreut

am Boden liegt, macht es ihm Spaß zu arbeiten. Doch auch Fuchs sehnt sich nach ein bisschen sozialer Geborgenheit. Das Metalab, in das er regelmäßig hinabsteigt, ist wie work@flex auch eine Reaktion auf das fehlende Angebot der Wirtschaftskammer, nur quasi außerhalb der traditionellen Institutionen; eine Art Selbsthilfegruppe Selbstständiger, die mit dem Kammerndünkel ungefähr so viel zu tun haben wie WKO-Generalsekretär Reinhold Mitterlehner, gleichzeitig ÖVP-Wirtschaftssprecher im Nationalrat, mit einer zeitgemäßen Definition des Unternehmerbegriffs.

Eine Kostprobe davon bekam die Öffentlichkeit bei einer von der Waldviertelakademie veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema Arbeit im 21. Jahrhundert in der Grenzstadt Weitra. Auf die Arbeitswirklichkeit der Neuen Selbstständigen und EPUs angesprochen, ließ er wissen, dass diese aus seiner Sicht eine „vernachlässigbare Größe“ darstellten. Was die Abgaben an die gewerbliche Sozialversicherung angehe, die für das Gros der EPUs heute eine der größten Belastungen überhaupt darstellen, gewährte Mitterlehner unfreiwillig einen tiefen Einblick in die Vorstellungen der ÖVP vom Unternehmertum im 21. Jahrhundert: „Diese Leute müssen doch froh sein. In den Fünfzigern wollten die Unternehmer noch gar keine Sozialversicherung.“ ■

Pressebericht FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbständigkeit, www.fofos.at

Thema Ein-Personen-Unternehmen (EPU), Interview Martina Schubert, Anmerkung am Ende des Dokuments
DATUM, 02/2008, Schmerzen? Ich? Ah, geh. Neue Selbstständige in Österreich, Eine Tortur. Artikel: Junge
Garde des Neoproletariats, Florian Skrabal

Anmerkung zum Inhalt von Martina Schubert: In der Wirtschaftskammer gibt es nicht allgemein zu wenig
Personal, sondern zu wenige, die sich um die Belange der Ein-Personen-Unternehmen kümmern bzw.
Serviceleistungen für diese anbieten.